

Quo Vadis NRW?

Wem soll ich meine Stimme geben? Wem vertraue ich für die nächsten Jahre politisch? Am Donnerstag, dem 29.4. fand im Bühnenhaus Kevelaer auf Einladung der KAB und des DGB ein Podiumsgespräch mit den Landtagskandidaten des Kreises Kleve statt. Rolf Wennekers vom DGB-Kreisverband Kleve begrüßte die Teilnehmer. Moderiert wurde die Veranstaltung von Angelika Wagner, DGB-Region Niederrhein und Theo Heek, KAB Münster. Für die Parteien traten an Manfred Palmen (CDU), Norbert Killewald (SPD), Stefan Haupt und Michael Traurig (FDP), Susanne Siebert und Bernd Bianchi (Die Grünen) sowie Anke Bongart und Klaus Golbach (Die Linke).

Die erste Themenrunde zum Thema Arbeit wurde von Manfred Palmen (CDU) eröffnet. Er führte aus, die Einwirkungsmöglichkeiten der Politik würden oft überschätzt, Politik schaffe keine neuen Arbeitsplätze sondern nur die Rahmenbedingungen. Norbert Killewald (SPD) sprach sich für einen Mindestlohn und gegen Lohndumping aus. Er befürwortete die KAB Forderung für eine EU weite Lohnpolitik. Michael Traurig (FDP) möchte den Mittelstand als größten Arbeitgeber stärken und Bürokratie abbauen. Den Betrieben sollen gut ausgebildete Fachkräfte zur Verfügung stehen. Susanne Siebert (Grüne) forderte einen jährlich angepassten Mindestlohn, Ihr Parteikollege Bernd Bianchi sieht Chancen für mehr Arbeit im Bereich dezentrale Energiegewinnung und Baumodernisierung. Klaus Golbach (Linke) fordert einen Mindestlohn von 10€ und die Abschaffung von 1€ Jobs. In der Fragerunde ging die Frage eines 18-jährigen Teilnehmers an die FDP: „Wie passt die Aussage Arbeit soll sich wieder lohnen mit der Ablehnung von Mindestlöhnen zusammen?“ Die FDP antwortete darauf mit der Feststellung, Lohnpolitik sei Sache der Tarifpartner und müsse sich am Marktwert der Arbeit orientieren. Ebenfalls für die Tarifautonomie sprach sich Palmen aus, als er gefragt wurde, wie er dazu stehe, wenn Arbeitgeber sich gezielt schwache Gewerkschaften als Tarifpartner suchen. „Es ist eine Sauerei, wenn Löhne von 3,50€ gezahlt werden“, so Palmem, „aber Löhne werden von den Tarifpartner ausgehandelt und Aufgabe der Politik ist es höchstens, diese für allgemeinverbindlich zu erklären.“ Die Linken und Grünen sprachen sich gegen eine Ausweitung der Sonntagsarbeit und der Ladenöffnungszeiten aus. Killewald verwies auf seine Kevalearer Herkunft, daher sei seine Meinung nicht objektiv: „Aber Läden, die samstags bis 22.00 Uhr offen haben sind voll daneben.“ Die FDP sieht volle Läden und glaubt an die Schaffung zusätzlicher Jobs dadurch.

In der zweiten Runde ging es um das Thema Bildung. Anke Bongartz (Linke) sprach sich für eine gebührenfreie Bildung aus, Bildungsmittel sollen frei sein, Kitas gebührenfrei angeboten werden. Weiterbildung wollen die Linken fördern. Susanne Siebert (Grüne) möchte den Kindergarten ausbauen und diesen für „Arme“ kostenfrei haben. „Bildungschancen dürfen nicht vom Reichtum der Eltern abhängen“. Sie forderte ein längeres gemeinsames Lernen. Große Betriebe, die nicht genügend Ausbilden sollen eine Ausbildungsplatzabgabe zahlen. Die Vertreter der FDP finden das jetzige Schulsystem gut, wünschen aber mehr Freiheiten für die einzelnen Schulen und mehr Lehrer. Bei der Einführung von Gemeinschaftsschulen befürchten sie die Abwanderung der Vermögenden auf Privatschulen. Norbert Killewald sagte: „Die SPD ist unter anderem wegen ihrer Bildungspolitik vor Jahren abgewählt worden, daher beschreite sie jetzt einen neuen Weg.“ Längeres gemeinsames Lernen erhielt bei ihm ein klares Votum. Er möchte die Menschen mitnehmen beim Umbau zu einer Gemeinschaftsschule mit allen Schulformen unter einem Dach. Manfred Palmen (CDU) ist gegen die Einheitsschule und hält an den jetzigen 3 Schulformen fest. Er hält 6 Jahre Grundschule für nicht besser als 4 Jahre. Jeder ausbildungsfähige Jugendliche bekomme schließlich einen Ausbildungsplatz. Weiterbildung ist die Sache eines jeden Einzelnen. In der Fragerunde wurde Palmen von einem angehenden Abiturienten gefragt, warum das Land Studiengebühren erhebe und wie er und seine beiden Geschwistern bei einem normalen Familieneinkommen ihr Studium finanzieren sollen. Palmen antwortete darauf, Bafög und auch Studiengebühren könnten als Darlehn später zurückgezahlt werden, wenn man einen Beruf habe, er habe während seiner Studienzeit nebenher bei der Post gearbeitet.

Das dritte Thema des Abends war Soziales. Manfred Palmen unterstützt den Vorschlag von Minister Rösler, das Medizinstudium freizugeben um mehr Ärzte auszubilden. Eine bessere Ärzteverteilung sei aber Sache der kassenärztlichen Vereinigung. Norbert Killewald kritisierte den Zusatzbeitrag der Krankenkasse als nicht solidarisch. Ebenso die Einführung einer Kopfpauschale, weil diese das System der lohnabhängigen Krankenversicherung verlassen würde. Die FDP sprach sich für eine Gesundheitsprämie aus und verwies auf die steigenden Kosten aufgrund der demografischen Entwicklung. Für geringe Einkommen soll eine Unterstützung aus Steuermitteln zur Gesundheitsprämie gezahlt werden. Auf keinen Fall dürfen die Lohnnebenkosten steigen. Susanne Siebert sieht auch im sozialen Bereich gute Bildung als bestes Mittel gegen die Armut. Sie will die Situation der Hartz IV Empfänger verbessern. Stolz ist sie auf das solidarische

Gesundheitssystem: „Wir müssten mit dem Klammerbeutel gepudert sein, wenn wir es verlassen.“ Die Linken wollen Hartz IV abschaffen und eine universelle Grundsicherung einführen. Sie befürworten ein einkommensabhängiges Sozialsystem für alle. Die Krankenhausplanung dürfe auf keinen Fall privatisiert werden. In der Publikumsrunde prangerte ein Teilnehmerin des DGB die schlechte soziale Absicherung bei 400€ Jobs an, dadurch werde nur Armut in Alter geschaffen. In der Schlussrunde hoben die Linken hervor, alle sollten in die Rentenkasse einzahlen. In Deutschland drohe die Mittelschicht wegzubrechen, Arbeit und Reichtum müssen neu verteilt werden. Das jetzige Sozialsystem sei gescheitert. Männer und Frauen stände gleicher Lohn zu. Die Grünen wiesen nochmals auf die veralternde Gesellschaft hin. „Es ist wichtig, dass Kinder wieder attraktiver werden.“ Die hausärztliche Versorgung soll verbessert werden. Die FDP warf den Linken Sozialstaatsphantasien vor. Das Sozialsystem solle so umgebaut werden, dass es auch in 20 Jahren noch zu bezahlen sei. Sie möchten den Bürgern mehr Geld lassen, damit diese private Vorsorge leisten. Norbert Killewald fragte nach mehr Staat oder weniger Staat? Im Bereich des Sozialen gehe es nicht ohne einen starken Staat. Er legte Wert auf ein solidarisches und paritätisch finanziertes System in das alle Arbeitsverhältnisse einbezogen sind. Manfred Palmén führte aus, das Thema Soziales sei das schwierigste Thema, es gebe kein Patentrezept. Er befürwortet ein solidarisches System mit privaten Anteilen. Der Sozialstaat lasse sich nicht mehr ausbauen, da dies nicht bezahlbar ist.

Die Moderatoren bedankten sich bei den Teilnehmern für ihre disziplinierte Diskussion. In seinen Schlussworten sagte Alfred Dilger (KAB Bezirk Kleve) :“Ich hoffe, dass nach der Wahl nicht die Katze aus dem Sack gelassen wird.“ Für die ca 50 Teilnehmer war der Abend sicherlich sehr informativ. Gemessen an den Standpunkten von DGB und KAB fanden sich sowohl Übereinstimmungen als auch gravierende Abweichungen in den Vorträgen der Politiker.

Text und Fotos
Dietmar Stalder